



KONZERT

Sportfreunde Stiller rocken im Mai die Göttinger Stadthalle: Jetzt gibt es Karten SEITE 14



GEBEN ODER NICHT?

Fachleute geben Tipps, wie man Obdachlose richtig unterstützen kann SEITE XX



THEATER

„Frühstück bei Tiffany“ feiert Premiere im Staatstheater Kassel SEITE 15

STADTGESPRÄCH



NACH ANSCHLAG IN BERLIN: Göttinger Polizei erhöht Sicherheitsvorkehrungen in der Region.

KURZNOTIZEN

SPD: Lehmann bleibt Vorsitzender

GÖTTINGEN. Christoph Lehmann bleibt an der Spitze des SPD-Stadtverbands. 35 von 54 anwesenden Delegierten aus den Göttinger Ortsvereinen gaben am Dienstagabend dem 67-jährigen Juristen ihre Stimme. Seine bisherige zweijährige Amtszeit bilanzierte Lehmann mit Blick auf die für die SPD erfolgreiche Kommunalwahl: „Es ist nicht unser Schicksal, Wahlen zu verlieren.“ Als Lehmanns Stellvertreter wurden Cornelius Schley mit 33 und Dagmar Freudenberg mit 48 Stimmen gewählt. Den geschäftsführenden Vorstand des Stadtverbands vervollständigen Kassiererin Sylvia Binkenstein und Ameli Stock als Schriftführerin. Der Gesamtvorstand, bisher intern auch Elferat genannt, schrumpfte auf zehn Mitglieder. Die jetzt noch fünf Beisitzer heißen Uwe Löding, Christian Krause, Mirjam Lahusen, Karin Weber-Klatt und Tina Wilhelm. *ms*

Zeugnisse an einigen Gymnasien

GÖTTINGEN. Einige Oberstufenschüler von Göttinger Gymnasien haben bereits am Dienstag statt Ende Januar ihre Zeugnisse erhalten. Dazu gehört die gesamte Oberstufe des Otto-Hahn-Gymnasiums (OHG) in Göttingen. „Das gibt es öfter mal. Das richtet sich nach der Länge des Halbjahres“, sagte Markus Clemens, Lehrer am OHG, und fügte an: „Die Lage der Sommerferien und des Zeitraums, in dem die Abitur-Prüfungen stattfinden, ist entscheidend.“ In diesem Jahr haben die Sommerferien relativ früh, nämlich im Juni, begonnen, und die erste Hauptprüfung im Abitur werde am 22. März 2017 geschrieben. Um einen „Ausgleich“ zu schaffen, damit die Halbjahre nicht ungleichmäßig lang sind, seien die Zeugnisse bereits am Dienstag verteilt worden. *aa*

Neujahrsempfang der Stadt Göttingen

GÖTTINGEN. Zum traditionellen Neujahrsempfang der Stadt Göttingen erwartet Oberbürgermeister Rolf-Georg Köhler (SPD) am Donnerstag, 5. Januar, wieder mehrere Hundert Gäste. Beginn ist um 19 Uhr in der Stadthalle am Albaniplatz. Ausdrücklich eingeladen hat Köhler zu diesem offenen Empfang die Vorsitzenden der mehr als 100 Göttinger Sportvereine, teilt die Stadtverwaltung mit. *r*



Badegäste im Groner Freibad müssen im nächsten Sommer höhere Eintrittspreise in Kauf nehmen.

FOTO: HELLER

Schwimmen wird ab März teurer

Sportausschuss der Stadt Göttingen stimmt Preiserhöhung in Eiswiese und Freibädern zu

VON MICHAEL BRAKEMEIER

GÖTTINGEN. Das Schwimmen im Badeparadies Eiswiese und den Göttinger Freibädern wird teurer: Der Sportausschuss des Rates hat am Dienstag der Vorlage der Göttinger Sport- und Freizeit GmbH zugestimmt. Einzig Edgar Schu (Linke) stimmte gegen die Erhöhung und die Einführung einer neuen Tarifstruktur.

Um bis zu mehr als elf Prozent sollen ab März die Preise in den städtischen Bädern erhöht werden. Die Preiserhöhung trifft vor allem die Nutzer der Kurzzeittarife in der Eiswiese: Die beiden 90-minütigen Angebote des Guten-Morgen- und des Mondscheintarifs sowie der Kurz-

zeittarif für eine Stunde Badenutzung steigen um jeweils 11,43 Prozent von jetzt 3,50 Euro auf dann 3,90 Euro. Der ermäßigte Preis steigt um zehn Prozent von zwei Euro auf 2,20 Euro. In der Eiswiese entfallen künftig die Zwei-, Drei- und Vier-Stunden-Tarife. Stattdessen soll es einen 2,5-Stunden-Tarif für sieben Euro (ermäßigt 4,50 Euro) geben. Im Vergleich zum alten Zwei-Stunden-Tarif plus Nachzahlung für eine halbe Stunde ergibt sich eine Preiserhöhung von 6,06 Prozent und von 7,14 Prozent bei den ermäßigten Tarifen. Der Preis für die Tageskarte 9,50 Euro soll unverändert bleiben. Neu in den Tarifen ist die Familienkarte. Sie ist für zwei Er-

wachsene und zwei Kinder ab sechs Jahren zweieinhalb Stunden gültig und kostet 18,40 Euro. Auch die Preise für die Saunanutzung sollen steigen: je nach Nutzungsdauer und Ermäßigung zwischen 6,25 und 9,09 Prozent. GöSF-Chef Alexander Frey nannte unter anderem gestiegene Lohnkosten und Ener-

giepreise als Gründe für die Preisanhebung. Er erhofft sich davon Mehreinnahmen von rund 240 000 Euro im Jahr, wie er am Dienstag erläuterte.

Schu kritisierte, dass es für einkommensschwache Bürger immer unerschwinglicher werde, schwimmen zu gehen. Es werde „zum besonderen Luxus“. Er plädierte für eine stärkere Subventionierung der Schwimmbäder. Frey betonte, dass es für Hartz-IV-Empfänger bereits jetzt schon zusätzliche Ermäßigungen gebe. Oberbürgermeister Rolf-Georg Köhler (SPD) machte sich stark, für „Einkommensschwache“ andere Regelwerke für Ermäßigungen zu suchen. Und Christian Henze (SPD) betonte, dass Kinder bis sechs Jahren in der alten wie auch und der neuen Tarifstruktur freien Eintritt haben. Felicitas Oldenburg (FDP) nannte die Erhöhung angesichts des GöSF-Angebotes als „absolut berechtigt“ und Thomas Häntsch (CDU) lobte die neue Tarifstruktur, „besonders familienfreundlich“ zu sein. *mib*

berg für drei Stunden 28,70 Euro und in der Werratal-Therme in Bad Sooden-Allendorf 27 Euro. Günstiger ist es mit 17 Euro für die Tageskarte im Auebad Kassel. Im Aloha in Osterode kostet sie 12,20 Euro.

Göttingen im Mittelfeld

Für 18,40 Euro will die GöSF ab März die Familienkarten in der Eiswiese anbieten. Damit liegt sie nach von der GöSF bei anderen Bädern erhobenen Daten im Mittelfeld. Danach kostet eine Familienkarte im Vitamar Bad Lauter-

Stadt will altes Gefängnis als Hostel entwickeln

Rat unterstützt Projektentwicklung durch Beschäftigungsförderung mit 20 000 Euro / Nachbarn sollen eingebunden werden

GÖTTINGEN. Mit einem Hostel oder „0-Sterne-Hotel“ im ehemaligen Gefängnis soll das Innenstadt-Quartier am Göttinger Waageplatz entwickelt und aufgewertet werden. Grüne, SPD und CDU im Rat hoffen für dieses Projekt mit „innovativen Maßnahmen der Stadtentwicklung“ auf EU-Zuschüsse.

„Es ist doch keine Frage, in diesem Viertel besteht dringender Handlungsbedarf“, erklärte Klaus-Peter Hermann (SPD) im Rat zum gemeinsamen Antrag von SPD, Grünen und CDU. „Städtebaulich und sozialpolitisch“, fügte er an. Mit dem europäischen Förderprogramm für Regionalentwicklung (EFRE) für „innovative Maßnahmen zur Stadtentwicklung“ biete sich jetzt die Chance, ein neues Göttinger Projekt auch fi-



Gebäude am Waageplatz

Das Gebäude der ehemaligen JVA am Waageplatz wurde 1836 gebaut und steht unter Denkmalschutz. Seit dem Bau einer neuen JVA bei Rosdorf vor neun Jahren wird das alte Gefängnis mitten in der Altstadt nicht mehr ge-

nutzt und steht leer. 2008 hat es die Stadt Göttingen gekauft – das Gebäude sollte als eines von drei Wissenshäusern für Ausstellungen der Universität entwickelt werden. Diese Pläne haben sich zerschlagen. *us/Foto: CH*

nanziell abzusichern. Konkrete Ideen dafür gebe es bereits bei der städtischen Beschäftigungsförderung öffentlichen Rechts: eine Art Hostel in der ehemaligen Justizvollzugsanstalt (JVA) als Ankerprojekt – partizipativ angelegt mit Beteiligung der Nachbarn wie die Heilsarmee und das Wohnprojekt OM10. Geflüchteten und Migranten sollen auch beim Umbau helfen.

Nach Vorstellung von SPD, Grünen und CDU soll sich die Stadt jetzt an der Ausarbeitung des Projektes bis zur EFRE-Bewerbung mit 20000 Euro beteiligen. Bei Erfolg könnten von 2018 bis 2020 bis zu fünf Millionen Euro Fördermittel nach Göttingen fließen, so Hermann.

Felicitas Oldenburg (FDP) sieht die Idee „eher kritisch“:

„Warum sollte die Stadt ein eigenes Hostel betreiben, und dann auch noch in einer Immobilie, die sich besonders schwer vermarkten lässt?“ Auch die Göttinger Linke ist skeptisch. Zu häufig müsse die Stadt bei so großangelegten Entwicklungsprojekten draufzahlen, fürchtete Gerd Nier. Und für Ratsfrau Helena Arndt (Die Partei) „gibt es sicher sinnvollere Ideen“ für dieses „Sorgenkind der Stadt“. Zumal nicht sicher sei, ob der Einsatz von 20000 Euro auch wirklich zu dem gewünschten Erfolg führen werde.

Das wird sich zeigen: Mehrheitlich stimmten die Mitglieder von SPD, Grünen und CDU dem Antrag zu. FDP sowie die Fraktion von Piraten und „Die Partei“ lehnten ab, die Linken enthielten sich. *us*